

Antrag 71/I/2026**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Zeitgemäße Rahmenbedingungen für Integrations- und Berufssprachkurse schaffen**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Deutschen Bun-
- 2 destags sollen sich dafür einsetzen, die bestehenden Vor-
- 3 gaben für Integrations- und Berufssprachkurse umfas-
- 4 send zu überprüfen und zeitgemäß weiterzuentwickeln.
- 5
- 6 Insbesondere sollen die bundesrechtlichen Regelungen
- 7 sowie die Verwaltungsvorgaben des Bundesamtes für Mi-
- 8 gration und Flüchtlinge (BAMF) dahingehend angepasst
- 9 werden, dass sie eine qualitativ hochwertige Sprachför-
- 10 derung ermöglichen, ohne Träger, Lehrkräfte und Teilneh-
- 11 mende durch starre und praxisferne Anforderungen un-
- 12 nötig zu belasten.
- 13
- 14 Dabei sollen die folgenden konkreten Änderungen ver-
- 15 folgt werden:
- 16 1. Flexibilisierung der Raumvorgaben - starre Vorga-
- 17 ben zu Raumgrößen, Mindestteilnehmendenzah-
- 18 len und zur Anzahl zusätzlicher Nebenräume (z.
- 19 B. Sozial-, Pausen- oder Selbststudienräume) sollen
- 20 überprüft und durch flexible, bedarfsorientierte Kri-
- 21 terien ersetzt werden.
- 22 1. Überarbeitung der Anforderungen an Alphabeti-
- 23 sierungskurse - Empfehlungen wie die Einrichtung
- 24 spezieller „Alpha-Räume“ dürfen nicht faktisch zu
- 25 verpflichtenden Voraussetzungen für die Kurszulas-
- 26 sung werden. Stattdessen sollen unterschiedliche
- 27 pädagogische Konzepte und räumliche Lösungen
- 28 anerkannt werden, sofern die Qualität des Unter-
- 29 richts gewährleistet ist.
- 30 1. Stärkere Anerkennung moderner Unterrichtsfor-
- 31 men - digitale, hybride und innovative Lehr- und
- 32 Lernformate sollen verbindlich in den Vorgaben
- 33 berücksichtigt werden. Die Ausstattungsvorgaben
- 34 müssen zeitgemäße digitale Infrastruktur statt aus-
- 35 schließlich klassischer Präsenzzräume in den Mittel-
- 36 punkt stellen.
- 37 1. Berücksichtigung regionaler Unterschiede -die be-
- 38 sonderen Herausforderungen ländlicher Räume so-
- 39 wie innerstädtischer Ballungsgebiete sollen bei der
- 40 Ausgestaltung der Vorgaben stärker berücksichtigt
- 41 werden, um ein flächendeckendes Kursangebot si-
- 42 cherzustellen.
- 43 2. Verbesserung der Planungs- und Rechtssicherheit
- 44 für Träger - Verwaltungsvorgaben des BAMF sollen
- 45 transparenter, verbindlicher und nachvollziehbarer
- 46 gestaltet werden. Änderungen müssen frühzeitig
- 47 angekündigt werden, um kurzfristige Zulassungsri-

siken für Träger zu vermeiden.

3. Die Anpassung der bestehenden Vorgaben (IntV und DeuFöV sowie daraus abgeleitete Merkblatt zur Trägerzulassung, Merkblatt zu Kursorten, Qualitätskriterien für Integrationskurse, Handreichungen für Alphabetisierungskurse) soll in einem Dialog mit Trägern, Lehrkräften, Kommunen und Teilnehmenden erfolgen.

Begründung

Integrations- und Berufssprachkurse sind ein zentrales Instrument sozialdemokratischer Bildungs- und Integrationspolitik. Sie schaffen Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe, Arbeit und politischer Mitbestimmung.

In der Praxis zeigt sich jedoch zunehmend, dass bestehende Vorgaben, insbesondere zu Kursorten und räumlicher Ausstattung, nicht immer den tatsächlichen pädagogischen Anforderungen entsprechen. Statt Qualität zu sichern, führen sie häufig zu bürokratischen Hürden, erschweren innovative Konzepte und gefährden insbesondere kleinere Träger sowie Angebote im ländlichen Raum.

Eine moderne Integrationspolitik braucht klare Qualitätsstandards, aber auch Flexibilität, Vertrauen in die pädagogische Arbeit und realistische Rahmenbedingungen. Die vorgeschlagenen Änderungen zielen darauf ab, Sprachförderung qualitativ weiterzuentwickeln, ohne den Zugang zu Kursen einzuschränken.